

Vollmacht und Prozessvollmacht

Rechtsanwälten H. Burchard, G. Mencke und M. G. Möller, Siegesstraße 2, 30175 Hannover

wird hiermit in Sachen

Vollmacht und Prozessvollmacht gemäß §§ 81 ff. ZPO und §§ 302, 374 StPO für alle Instanzen erteilt.

Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

- Außergerichtliche Verhandlungen aller Art und Abschluss von Vergleichen;
- Abgabe aller einseitig empfangsbedürftigen Willenserklärungen, insbesondere Kündigungen;
- Abgabe von Schweigepflichtentbindungserklärungen gegenüber behandelnden Ärzten;
- Verteidigung und Vertretung in Strafsachen in sämtlichen Instanzen, Vertretung gemäß § 411 II StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gemäß §§ 223 I und 153 b StPO;
- Strafanträge zu stellen;
- Empfangnahme von Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere des Streitgegenstandes und der vom Gegner, der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten;
- Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere;
- Entgegennahme von Zustellungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Klagen und Widerklagen - auch in Ehesachen;
- Beendigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis;
- Vertretung im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Gegners und in Freigabeprozessen;
- Vertretung im Kostenfestsetzungsverfahren insbesondere auch gegenüber der Landeskasse; solche Kostenerstattungsansprüche sind durch gesonderte Erklärung an die Bevollmächtigten abgetreten, was hierdurch bestätigt wird.

Mehrere Vollmachtgeber haften als Gesamtschuldner, Verpflichtungen aus dem Vollmachtsverhältnis sind am Kanzleiort der Bevollmächtigten zu erfüllen.

Hannover,

x 1

(Unterschrift)

Mandatsvertrag

zwischen Rechtsanwälten H. Burchard, G. Mencke und
M. G. Möller, Siegesstraße 2, 30175 Hannover
und

• Allgemeines

Die beauftragten Anwälte sind verpflichtet, die Interessen des Auftraggebers nachdrücklich wahrzunehmen und den Auftrag sorgfältig und sachgerecht durchzuführen. Die Bedingungen dieses Mandatsvertrages gelten auch für alle bereits laufenden und künftigen Mandate zwischen den Parteien. Der Auftraggeber ist mit einer Weitergabe des Mandats, der gespeicherten Daten und der Handakte an einen anderen Anwalt einverstanden, sofern die Fortführung des Mandats dem Anwalt unmöglich wird (persönliche Verhinderung, Praxisübergabe etc.). Kosten entstehen ihm durch eine Weitergabe nicht.

Die Anwälte sind berechtigt, eingehende Fremdgelder auf den allgemeinen Konten zu verwahren.

Mehrere Auftraggeber haften für die den Anwälten zustehenden Gebühren und Auslagen als Gesamtschuldner. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Hannover. Sollte ein Teil dieser Vereinbarungen unwirksam sein, bleibt der Rest hiervon unberührt.

• Handaktenaufbewahrung

Die Anwälte sind dem Auftraggeber gegenüber verpflichtet, die Handakten gemäß § 50 BRAO Abs. 1 S. 2 sechs Jahre lang aufzubewahren. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde. Schriftstücke, die sich ausschließlich im Besitz der Rechtsanwälte befinden, werden auf Wunsch an Sie innerhalb der o.g. Frist ausgehändigt. Danach können die Unterlagen sämtlich vernichtet werden.

• Anspruchsabtretung

Ansprüche gegen den Gegner bzw. Vertragspartner und Kostenerstattungsansprüche des Auftraggebers auch gegenüber der Landeskasse werden zur Sicherung der Honoraransprüche der Anwälte an diese mit der Ermächtigung abgetreten, die Abtretung im Namen des Auftraggebers dem Gegner oder dessen Versicherer mitzuteilen. Die persönliche Haftung des Auftraggebers für die Honoraransprüche wird hierdurch nicht berührt.

• Datenspeicherung, E-Mail, Fax

Die den Anwälten im Rahmen der Mandatsführung bekanntwerdenden Daten werden gespeichert.

Es gilt insofern unsere Datenschutzerklärung, die Sie auf der Rückseite dieses Mandatsvertrages einsehen können; eine Kopie wird Ihnen auf Wunsch ausgehändigt. Die Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die angemessene Bearbeitung Ihres Mandates und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Ihre Daten werden bis zum Ablauf der

gesetzlichen Aufbewahrungsfrist für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht. Hiervon ausgenommen sind steuer- und/oder handelsrechtliche Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, ebenso die zur Überwachung einer Interessenkollision und Vorbefassung dienenden Daten, die uns zu einer längeren Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten verpflichten.

Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie der Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und dem elektronischen unverschlüsselten Schriftverkehr per Fax und E-Mail zu, wobei personenbezogene Daten durch die beauftragten Anwälte per kennwortgeschützten Attachments in E-Mails gesendet werden.

• Kopieranfertigung

Die Anwälte sind berechtigt, Auszüge aus Ermittlungsakten Anspruchsgegnern bzw. deren Versicherungsgesellschaften auf deren Kosten zur Verfügung zu stellen. Der Auftraggeber stellt es im Übrigen in das Ermessen der beauftragten Rechtsanwälte, auf seine Kosten Kopien - sei es für den Mandanten, die Rechtsanwälte oder andere - anzufertigen.

• Haftung

Soweit nicht gesetzlich eine kürzere Verjährungsfrist gilt, verjähren alle Ansprüche gegen die Anwälte mit Ablauf von zwei Jahren ab Beendigung des Auftrages. Der Auftrag gilt spätestens mit der Fertigstellung des Schreibens der Anwälte als beendet, in dem die Erledigung des Auftrages mitgeteilt wird. Für eine Verletzung oder Nichtanwendung ausländischen Rechts besteht eine Haftung nur, wenn dies besonders schriftlich vereinbart wird. Dem Auftraggeber ist eine Abtretung seiner etwaigen Ansprüche gegen die Anwälte an Dritte untersagt.

• Haftungsbegrenzung

Die Anwälte haften dem Auftraggeber für einen fahrlässig verursachten Schaden maximal bis 1.000.000,00 €. Eine entsprechende Haftpflichtversicherung ist abgeschlossen.

Hannover,

(Rechtsanwalt)

(Unterschrift)

x 2

Datenschutzerklärung - Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch die Kanzlei

Burchard · Mencke & Kollegen

Siegesstraße 2, 30175 Hannover
Tel. 0511/288 14-0, Fax 0511/288 14-4
E-Mail: info@kanzlei-siegesstrasse.de
Internet: www.kanzlei-siegesstrasse.de

Die betriebliche Datenschutzbeauftragte unserer Kanzlei, Frau Ramona Scheil, ist unter der o.g. Anschrift beziehungsweise unter datenschutz@kanzlei-siegesstrasse.de erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Geburtsdatum/-name/-ort,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk), Faxnummer,
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben. Zur Überwachung einer Interessenkollision bzw. Vorbefassung kann eine längere Datenspeicherung erforderlich sein.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an: datenschutz@kanzlei-siegesstrasse.de.